

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ökologie muss bei der Abfallsammlung an erster Stelle stehen

Die Bremerinnen und Bremer sind Spitzenreiter: In keiner anderen Stadt wird so viel Altpapier gesammelt. Dieses funktionierende System, das mit kurzen Wegen und mit wenig Aufwand für die Bürgerinnen und Bürger die Altpapierentsorgung ermöglicht, wollte der Senator für Bau und Umwelt im Mai 2002 aus Kostengründen ändern. Die darauf folgende, monatelange Auseinandersetzung in der großen Koalition über die Zukunft der Altpapierentsorgung gipfelte in dem „Kompromiss“, gleich beides, Bündelsammlung und Sammelcontainer, abzuschaffen. Schon wenige Tage nach dieser ökologisch unsinnigen Entscheidung wurde das Konzept wieder gekippt. Es gibt weiterhin keine Einigung, die die ökologischen und ökonomischen Erfordernisse und auch die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt.

Eine Veränderung der Altpapierentsorgung darf nur so erfolgen, dass die hervorragende Recyclingquote der Stadt Bremen gehalten oder im besten Fall sogar ausgebaut wird. Die Pflicht zur Benutzung der „Blauen Tonne“ darf es ebenso wenig geben wie den Abbau bisher bewährter Sammelsysteme. Der Bedarf an einer „Blauen Tonne“, der mit ihrer Einführung verbundene Kostenaufwand und die Überprüfung der Anzahl und Standorte der Container-Sammelstellen müssen mit den Beiräten und interessierten Bürgerinnen und Bürgern beraten werden.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. keinerlei Maßnahmen zu ergreifen, die eine Gefährdung der aktuellen Recyclingquote nach sich ziehen könnten,
2. auf die obligatorische Einführung der „Blauen Tonne“ zu verzichten,
3. bis zum 31. März 2003 einen Bericht vorzulegen, der folgende Fragen beantwortet:
 - Welche Möglichkeiten sieht der Senat insgesamt, die nötigen Einsparungen bei den Bremer Entsorgungsbetrieben zu realisieren, damit eine Gebührenerhöhung ab dem Jahre 2004 vermieden werden kann?
 - In welcher Höhe können Kosten eingespart werden, wenn eine gewisse Anzahl problematischer Wertstoffsammelplätze für Glas und Papier abgebaut und dafür gut angenommene Standorte ausgebaut würden?
4. die Beiräte an der Beratung der „Abfallwirtschaft 2004“ zu beteiligen.

Dr. Karin Mathes, Dr. Helga Trüpel und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen